

Frankreichs Premierminister könnte durch Misstrauensvotum gestürzt werden

Frankreichs Premierminister Michel Barnier steht vor einem Misstrauensvotum, das seine Regierung möglicherweise stürzt. Die politische Krise intensiviert sich, während das Haushaltsdefizit wächst.

Die französischen Abgeordneten werden am Mittwoch über einen Misstrauensantrag abstimmen, der voraussichtlich die Regierung von Premierminister Michel Barnier stürzen wird. Der Hintergrund ist eine tiefgreifende politische Krise und ein massiver Haushaltsdefizit in Frankreich.

Haushaltspläne und politische Krisen

Dieser Schritt erfolgt, nachdem Barnier am Montag versucht hat, einen Teil des Haushalts seines Kabinetts für 2025 durchzusetzen. Der Haushaltsentwurf umfasst Maßnahmen, um die großen Löcher in Frankreichs öffentlichen Finanzen zu stopfen und das Defizit bis Ende des Jahrzehnts wieder im Einklang mit den Regeln der Europäischen Union zu bringen.

Unpopuläre Maßnahmen zur Haushaltssanierung

Sein Finanzgesetz sieht Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen in Höhe von 60 Milliarden Euro vor, die darauf abzielen, das Defizit im kommenden Jahr auf 5% zu senken, so die Berechnungen der Regierung. Einige dieser Maßnahmen, wie die Verzögerung der Anpassung der

Rentenerhöhungen an die Inflation, stoßen bei den Oppositionsparteien auf massive Ablehnung.

Politische Taktiken und Konsequenzen

Barnier, der erst seit September als Führer einer Minderheitsregierung im Amt ist, versuchte, den Haushalt mithilfe eines umstrittenen verfassungsrechtlichen Mechanismus durch den Gesetzgeber zu bringen. Diese Taktik eröffnete jedoch den Abgeordneten die Möglichkeit, Misstrauensanträge gegen ihn einzubringen, was die Linke, die wiederholt geschworen hat, seine Regierung zu stürzen, auch tat.

Bündnis der Opposition

Die rechtsextreme Partei National Rally wird nun ebenfalls für den Sturz der Regierung stimmen, nachdem sie von Barnier keine Zugeständnisse zum Finanzgesetz erhalten konnte. Dieser Misstrauensantrag ist der jüngste Schock auf der politischen Achterbahn in Frankreich, wo seit den Neuwahlen im Juli keine Partei eine Mehrheit im Parlament hat.

Konsequenzen eines möglichen Sturzes

Wenn der Antrag angenommen wird, würde das Land in ein politisches Chaos stürzen. Seit 1962 wurde keine Regierung mehr durch einen Misstrauensantrag gestürzt, und Barnier würde Frankreichs am kürzesten amtierender Premierminister in der Geschichte werden. Sein Kabinett müsste bis zur Ernennung neuer Führung durch den französischen Präsidenten Emmanuel Macron in einer geschäftsführenden Funktion weiterarbeiten.

Herausforderungen für künftige Regierungen

Es bleibt jedoch unklar, wie ein zukünftiger Premierminister in einer so gespaltenen politischen Landschaft Unterstützung

finden und einen ähnlichen Sturz verhindern kann. Das Parlament ist stark in drei Blöcke geteilt: die Zentristen von Macrons Partei, die rechtsextreme Partei von Marine Le Pen und eine linke Koalition. Diese Blockade hat die Haushaltsprobleme der Regierung erheblich erschwert.

Ökonomische Sorgen und Schuldenstand

Am Montag führten Sorgen über die Auswirkungen des politischen Chaos auf die öffentlichen Finanzen kurzzeitig dazu, dass die Kreditkosten der Regierung über die von Griechenland stiegen. Die Staatsverschuldung Frankreichs nähert sich 111% des Bruttoinlandsprodukts (BIP), ein Niveau, das seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr erreicht wurde. Dies ist teilweise darauf zurückzuführen, dass der Staat große Ausgaben geleistet hat, um die Wirtschaft während der Pandemie und der Energiekrise, die durch den Russland-Ukraine-Konflikt im Februar 2022 ausgelöst wurde, zu stützen.

Ausblick auf die Haushaltslage

Die Ratings-Agentur S&P Global erwartet, dass das Haushaltsdefizit Frankreichs bis zum Ende des Jahres 6,2% des BIP erreichen wird. Das bedeutet mehr als das Doppelte des von den EU-Regeln festgelegten Limits von 3% und gehört zu den größten Haushaltsdefiziten unter den Euro-Ländern. Die Agentur bemerkte, dass Frankreich eine ausgewogene, offene, wohlhabende und diversifizierte Wirtschaft bleibt, die über ein tiefes Inlandsvermögen privater Ersparnisse verfügt. Doch könnte die Kreditwürdigkeit des Landes gesenkt werden, wenn die Regierung unfähig bleibt, die großen Haushaltsdefizite zu reduzieren oder wenn das Wirtschaftswachstum hinter den Erwartungen der Agentur zurückbleibt.

Berichtet von Saskya Vandoorne für CNN.

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at